Paper für Momentum 2011: Gleichheit

Neoklassischer Wettbewerbsstaat & keynesianischer Kooperationsstaat

Nikolaus Kowall

„Eine globale Finanz- und Währungsordnung muss garantieren, dass Volkwirtschaften nicht in einen Wettkampf der Nationen eintreten und jederzeit die Wettbewerbsfähigkeit einer Volkswirtschaft erhalten bleibt. Nur dann können die Unternehmen untereinander auch über Ländergrenzen hinweg in einen sinnvollen, d.h. wohlstandsmehrenden Wettbewerb eintreten."[1]

(Heiner Flassbeck, 2007)

Inhalt:

[1] Flassbeck 2007, S. 279

Einleitung

Es besteht in der Forschung weitgehend Konsens darüber, dass sich für das Industriezeitalter mehrere politökonomische Phasen unterscheiden lassen, die in ihrem Charakter so unterschiedlich sind, dass ein ganzer Forschungszweig von „varieties of capitalism“ spricht. Der Charakter des jeweiligen kapitalistischen Regimes wird je nach Wissenschaftsdisziplin und Paradigma an sehr unterschiedlichen Merkmalen festgemacht. Einige Erklärungsansätze stellen die Rolle der Demokratie in den Mittelpunkt, so ist für den deutschen Ökonomen Herbert Schui der Neoliberalismus ein Regime in dem die Marktmacht die Einkommensverteilung bestimmt und die Demokratie als Störfaktor betrachtet wird, der den ökonomisch Uneffektiven Renten zuteilt die ihnen auf Grund ihrer Leistung nicht zustünden.[2] „*Die Devise heißt, den Kapitalismus von den Fesseln der Demokratie zu befreien.*“[3] Komplementär dazu argumentiert der britische Politikwissenschaftler Colin Crouch, dass die Entwicklung von Wohlfahrtsstaat, keynesianischer Nachfragesteuerung und Koppelung von Massenproduktion und Massenkonsum Resultate einer großen demokratischen Phase waren. Einer Epoche die er als Höhepunkt des Einflusses der Arbeiterbewegung und als Höhepunkt der Demokratie betrachtet.[4]

Andere Erklärungsmodelle stellen die Form kapitalistischer Akkumulation in den Vordergrund und betonen vor allem die Transformation der Akkumulationsdynamik vom Realkapital zum Finanzkapital. Der österreichische Ökonom Stephan Schulmeister beschreibt diesen Prozess damit, „*dass sich das Gewinnstreben zunehmend von realwirtschaftlichen Aktivitäten zu Finanzveranlagungen und -spekulationen verlagert*“ [5]. In dieselbe Kerbe schlägt der deutsche Finanzmarktexperte Jörg Huffschmid wenn er davon ausgeht, “*dass die treibende Kraft der Finanzmärkte der Übergang von der Investitionsfinanzierung zum Finanzinvestment ist.*“[6] Wieder andere Erklärungsmodelle fokussieren auf den Umfang ökonomischer und sozialer Teilhabe im jeweiligen kapitalistischen Regime und sprechen für die Nachkriegsjahrzehnte von einem Teilhabekapitalismus, der sich durch die Koppelung von fordistischer Massenproduktion, produktivitätsorientierter Lohnentwicklung und einem Weltmarktregime der komparativen Vorteile charakterisiert.[7]

---

[2] vgl. Schui 2008, interview auf youtube
[3] Schui 1996, S. 103
[4] vgl. Crouch 2004, S. 12
[5] Schulmeister 2010, S.13
[6] Huffschmid 2002, S. 38
[7] vgl. Busch/Land 2009, S. 80-82

In diesem Papier soll keinem der exemplarisch ausgewählten Ansätze irgendein Erklärungswert abgesprochen werden und es sind auch keinerlei Gewichtungen der verschiedenen Herangehensweisen gemäß ihrer Bedeutung vorgesehen. Es soll lediglich ein Aspekt besonders herausgearbeitet werden, der zwar oftmals diskutiert wird, aber in seiner ganzen Bedeutung vielleicht unterschätzt ist: Der Charakter der ökonomischen Beziehungen zwischen den Volkswirtschaften sowie die die zentrale Frage ob die anderen Staaten als Handelspartner oder als Konkurrent/innen gesehen werden. Der Diskurs darüber hat mannigfaltige Implikationen für die Ausgestaltung der nationalen Wirtschaftspolitiken, denn eine Wettbewerbspolitik um Marktanteile hat einen fundamental anderen Charakter als eine Konzentration auf Binnenwachstum und Innovation. Der Grund weshalb dieser Aspekt besonders beleuchtet wird ist schlicht damit erklärt, dass seit etlichen Jahren die Ausgestaltung von immer mehr Lebens- und Politikbereichen vorwiegend im Lichte des Standortwettbewerbs diskutiert wird. Steuerreformen, Bildungssysteme, Tarifverträge, Staatsschulden, Forschungspolitik, ja sogar die Organisation des Staates und seiner Verwaltung werden an Hand ihres Einflusses auf die nationale Wettbewerbsfähigkeit verhandelt. Kaum ein politökonomisches Konzept ist so eine sprudelnde Quelle von Sachzwangkonstruktionen wie der Wettbewerbsstaat. Das Modell des Standortwettbewerbs ist vielleicht eine der wirkmächtigsten rhetorischen Figuren in den politischen Diskursen unserer Gegenwart. Dies verlangt nach einer kritischen Würdigung.

I. Der neoklassische Wettbewerbsstaat

Der vollkommende Wettbewerb ist die zentrale Utopie der neoklassischen Ökonomie. In dieser abstrakten Welt aus unendlich vielen Anbietenden und Nachfragenden, ist niemand mächtig genug um Einfluss auf den Marktpreis zu nehmen, derselbe ergibt sich aus dem anonymen Zusammenwirken aller Akteur/innen. Das erste Wohlfahrtstheorem der Mikroökonomie besagt, dass ein bei vollkommener Konkurrenz erzieltes Marktgleichgewicht pareto-effizient ist. Das ist eine Situation wo kein/e Marktteilnehmer/in besser gestellt werden kann ohne eine/n andere/n schlechter zu stellen. Verzerrungen wie externe Effekte oder Monopole führen zu Resultaten die ineffizient sind, die Durchsetzung des vollständigen Wettbewerbs ist daher das oberste Ziel der Mikroökonomie. Dabei handelt es sich um eine sehr statische Sichtweise auf Ökonomie, die von Joseph A. Schumpeter deutlich dynamisiert und um das Element der Entwicklung ergänzt wurde. Denn die Gleichgewichtstheorie der Neoklassik *„schildert das Wirtschaftsleben unter dem Gesichtspunkt eines »Kreislaufs« in jahraus jahrein wesentlich gleicher Bahn – vergleichbar dem Blutkreislauf des tierischen Organismus. Nun verändert sich dieser wirtschaftliche Kreislauf und seine Bahn selbst (…).*“[8] Um für das bei Schumpeter essentielle Element der Innovation (bei Schumpeter die „Durchsetzung neuer Kombinationen“) theoretischen Spielraum zu finden, muss das Gleichgewicht fallen. Der Wettbewerb hingegen verliert bei Schumpeter keineswegs an Bedeutung, im Gegenteil, es ist die (…) *Konkurrenzwirtschaft, in der sich die neuen Kombinationen durch das Niederkonkurrieren der alten durchsetzen* (…).“[9] Der Wettbewerb hat nicht mehr die Hauptaufgabe effiziente Marktresultate zustande zu bringen, sondern wird zur Quelle der Innovation. *„Im Gegensatz zum neoklassischen preistheoretischen Wettbewerbsansatz, der sich als Mechanismus zur Beseitigung von allokativen Ineffizienzen versteht, deutet Schumpeter den Wettbewerb als einen Prozeß, der technischen Fortschritt in Form von Einführung und Ausbreitung von Innovationen hervorbringt.*“[10] In der Neoklassik ist es die Effizienz die den Wettbewerb rechtfertigt, bei Schumpeter ist es die Innovation. Entscheidend ist dass beiden Fällen ein einzelwirtschaftlicher Bezugsrahmen zu Grunde liegt in der wirtschaftliche AkteurInnen auf Märkten agieren.

Der neoklassische Wettbewerbsstaat zeichnet sich dadurch aus, dass die Logik der einzelnwirtschaftlichen Konkurrenz auf gesamte Volkswirtschaften umgelegt wird. In der

[8] Schumpeter (1997), S. 93
[9] Schumpeter (1997), S. 101
[10] Rassidakis 2001, S. 3

Theorie sollen alle Volkswirtschaften in einen Wettbewerb treten, von dem letztlich wieder die gesamte Staatengemeinschaft profitiert. Das arbeitgebernahe Institut der deutschen Wirtschaft in Köln bringt diese theoretische Begründung des Standortwettbewerbs folgendermaßen auf den Punkt: *„Wenn Länder im Wettlauf miteinander überbordende Regulierungen abbauen, Arbeitsanreize stärken und andere investitionsfreundliche Maßnahmen treffen, steht am Ende jeder besser da, weil Wachstum und Beschäftigung überall zunehmen.*“[11] Die von der deutschen Metallindustrie finanzierte Lobbyorganisation „Neue Soziale Marktwirtschaft“ erläutert die aus ihrer Sicht positiven Aspekte des Wettbewerbsstaates auf ihrer Webseite: *„Im Übrigen hat der internationale Standortwettbewerb auch wichtige Vorteile. So wäre in den Wohlfahrtsstaaten Kontinentaleuropas eine gewisse Senkung der sehr hohen Steuer- oder Sozialstandards nicht schädlich, sondern eher förderlich für ein verbessertes Investitionsklima und damit für Wachstum und Wohlstand. Besonders bedeutsam ist zudem, dass der Standortwettbewerb disziplinierend auf die Politik wirkt.*“[12] Der Terminus „Disziplinierung der Politik“ ist ein offenes Plädoyer für ein Primat des Marktes über die Demokratie.

Wesentlich wirkmächtiger sind in der öffentlichen Diskussion jedoch jene Warnungen, die tiefe Existenzängste schüren und den Verlust des eigenen Wohlstands zu Gunsten der internationalen Konkurrenz in den Raum stellen. Kaum jemand hat dies jemals martialischer auf den Punkt gebracht, als der Ökonom Hans Werner Sinn, der deutsche Papst des Standortwettbewerbs im Jahr 1997: *„Mit dem Fall der Mauer hat die Bedrohung der deutschen Wettbewerbsfähigkeit eine wahrhaft neue Dimension erhalten. Neue Tiger lauern im Hinterhof. Etwa 80 Mio Menschen aus den baltischen Ländern, Polen, der Tschechischen Republik, der Slowakei, Ungarn, Slowenien und Kroatien stehen in der ersten Riege der Anschlußsuchenden. Wir stehen am Beginn einer Phase mit einer besonders aggressiven Niedriglohnkonkurrenz und einer Massenwanderung gen Westen, die geschichtliche Dimensionen aufweisen wird. Bedenken Sie nur, was passiert, wenn die zweite Riege der östlichen Wettbewerber mobilisiert wird. Zieht man die Grenze am Ural, so umfaßt sie weitere 240 Mio Menschen. Kaum zu denken, was geschieht, wenn auch diese Massen sich an der Lohnkonkurrenz beteiligen.*“[13]

[11] Institut der deutschen Wirtschaft 2011
[12] INSM, Webseite, 2011
[13] Sinn (1997), S. 822

Charakteristika des neoklassischen Wettbewerbsstaates

Rainer Land und Ulrich Busch betonen dass beim Standortwettbewerb aus ihrer Sicht Motive der Umverteilung im Vordergrund stehen: *„Hier versuchen die Marktteilnehmer durch Wettbewerbsvorteile (Lohnniveau, Steuerniveau, Regelungsdichte, Unwelt- und Sozialstandards usw.) anderen Marktanteile wegzunehmen, also Effekte durch Umverteilung statt durch Produktivitätssteigerungen zu erreichen,* [14] konstatieren Land und Busch. Zu den genannten Stellschrauben für kompetitive Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik ergänzt Jörg Huffschmied noch, dass *„die Liberalisierung der Kapitalmärkte nationale Währungen in ihren Eigenschaften als Wertaufbewahrungsmittel oder Vermögenswerte miteinander in Konkurrenz gesetzt hat*.“[15] Das taktgebende Nervensystem des zeitgenössischen neoklassischen Wettbewerbstaates ist ein liberalisierter Finanzmarkt, weshalb Stephan Schulmeister – wie in der Einleitung angedeutet – den Aspekt der Finanzialisierung als charaktergebend hervorhebt und eine solche Ökonomie als Finanzkapitalismus bezeichnet. Ausschlaggebend für diesen Typus ist laut Schulmeister ein *„»Interessensbündnis« zwischen Real- und Finanzkapital*“, dessen wirtschaftspolitische Hauptziele die Entfesselung der Finanzmärkte, die Geldwertstabilität, solide Staatsfinanzen und eine sinkende Staatsquote (alles genuine Finanzkapitalinteressen) seien.[16] Es ist kein Zufall, dass die Interessen der Finanzwirtschaft gleichzeitig Aspekte sind, die in der Standortdiskussion eine gewichtige Rolle spielen. Der neoklassische Wettbewerbsstaat erstreckt sich im zeitgenössischen Diskurs neben den zuvor genannten Bereichen Löhne, Steuerniveaus, Regelungsdichte, Sozialstandards, Umweltstandards und Währungen auch auf die „Standortfaktoren“, die Schulmeister als genuine Finanzkapitalinteressen bezeichnet: Preisstabilität, solide öffentliche Haushalte und rückläufige Staatsquote.

Zur Beschreibung der Entwicklung der nationalen Steuersysteme, der Währungsmärkte und all der anderen Bereiche stehen Unmengen an empirischem Material zur Verfügung. An dieser Stelle seien nur zwei symbolträchtige Indikatoren exemplarisch herausgehoben, die sowohl für den Wettbewerbsstaat als auch Finanzmarktkapitalismus charakteristisch sind. Die Entwicklung des Zinssatzes als Folge der Geldpolitik und die Entwicklung der Löhne als Folge der Tarifpolitik. Die monetaristische Geldpolitik, mit der sich Europa laut Flassbeck im Gegensatz zum angelsächsischen Raum *„auf eine langwierige und folgenreiche Partnerschaft*

[14] Busch/Land 2009, S. 19
[15] Huffschmid 2002, S. 45-47
[16] vgl. Schulmeister 2010, S.43

eingelassen hat", sorge für die Einhaltung des von den Finanzmärkten gestützten zentralen Dogmas der Geldwertstabilität.[17] Schulmeister schlägt in dieselbe Kerbe wenn er sagt: „*Die Verlagerung der wirtschaftspolitischen Macht von den Regierenden zu den Notenbanken kommt in Europa, insbesondere in der Machtausstattung der europäischen Zentralbank zum Ausdruck.*" [18] Wie ein Prophet der damals folgenden deutschen Lohnzurückhaltung prognostiziert Hans Werner Sinn 1997 bereits: „*Es führt aber kein Weg an der Erkenntnis vorbei, daß sich die relativen Knappheitsverhältnisse von Kapital und Arbeit massiv zu Lasten der Arbeit verändert werden und daß eine substantielle Senkung der Reallöhne, zumindest im Vergleich zum Trend, wie man ihn ohne den Fall der Mauer hätte erwarten können, nötig ist. (…) Der marktgerechte Lohnansatz wird weitgehend vom Sozialprodukt abgekoppelt werden, und das weitere Wachstum wird sich vornehmlich in einer Erhöhung der Gewinneinkommen niederschlagen.*"[19]

Sowohl der Charakter der Geldpolitik als auch jener der Lohnpolitik lassen sich an jeweils einem einfachen empirischen Indikator in ihrer prinzipiellen Ausrichtung festmachen. Denn, so Schulmeister, „*die von den Notenbanken praktizierte Geldpolitik führt dazu, dass das Zinsniveau die gesamtwirtschaftliche Wachstumsrate übersteigt.*"[20] Ein Trend der sich für Europa und Deutschland eindeutig beobachten lässt und den Heiner Flassbeck für die Bundesrepublik 2007 wie folgt umschreibt: „*Seit 1980 lag der Realzins nie mehr spürbar geschweige denn längere Zeit unter der Wachstumsrate, vielmehr übertraf er sie von 1980 bis 1989 um durchschnittlich 1,8 Prozentpunkte und seit der deutschen Wiedervereinigung 1991 bis heute beträgt der Abstand immerhin 1,3 Prozentpunkte.*" [21] Als richtungsweisender Indikator für die Lohnpolitik lässt sich feststellen, ob die Lohnabschlüsse gemäß der gesamtwirtschaftlichen Produktivität gewachsen sind oder nicht. Wachsen die Löhne mit der Produktivität, bleibt ihr Anteil an der Wertschöpfung konstant. Lohnzurückhaltung würde ein Wachstum unter der Produktivität erwarten lassen und ein solches haben Rainer Land und Ulrich Busch empirisch für die industrialisierte Welt nachgewiesen. „*Die Unternehmenseinkommen stiegen seit 1981 deutlich schneller, die Löhne langsamer als die Produktivität. Diese Entwicklung setzte sich mit einer kleinen Unterbrechung durch die*

[17] Flassbeck 2007, S. 177
[18] Schulmeister 2010, S.43
[19] Sinn (1997), S. 823
[20] Schulmeister 2010, S.43
[21] Flassbeck 2007, S. 180

deutsche Einheit bis heute fort, erfuhr aber nach 2003 noch einmal eine dramatische Verstärkung.“ [22]

Kritik am Modell des Standortwettbewerbs

Heiner Flassbeck weist auf den Umstand hin, dass ein wesentlicher Unterschied zwischen dem Standortwettbewerb und dem Unternehmenswettbewerb darin besteht, dass Unternehmen der gleichen Produktionssparte zwar miteinander konkurrieren, aber voneinander nichts kaufen, also kein Kundenverhältnis haben. Auf internationaler Ebene sind die Nationen mit denen eine Nation konkurriert aber auch immer die Kund/innen dieser Nation. Worum geht es also im Wettkampf der Nationen? Flassbeck gibt eine einfache Antwort: „*Es geht um Sieger und Verlierer, es geht aber gleichzeitig um Schuldner und Gläubiger*.“[23] Es ist aber kontraproduktiv die Konkurrent/innen, die ja auch Kund/innen sind im Wettkampf der Nationen zu besiegen, also sie in die Verschuldung zu stürzen, denn der Gläubigerstaat „*verliert in jedem Fall einen Großteil seiner Forderungen, und er verliert die Märkte, die er sicher gewonnen zu haben glaubte.*“[24] Flassbeck betont auch die ruinöse Note, die dem Wettkampf der Nationen anhaftet: „*Standardortwettbewerb, ob über Steuersenkungen oder die Löhne, läuft darauf hinaus, dass jeder versucht, den anderen zu unterbieten. Dass das logischerweise nicht gelingen kann, ist die Folge der Anstrengungen jedes Landes in diese Richtung eine Spirale nach unten bei den Preisen und den Mengen. Verstärkt wird das noch durch die Neigung, auch in anderen Bereichen, vor allem bei den Sozialkosten, nach unten zu konkurrieren.*“[25]

Flassbeck fragt was das zentrale Kriterium für unternehmerischen Wettbewerb sei um die Frage damit zu beantworten, dass es einen lachenden Dritten geben müsse, in der Regel die Konsument/innen, die beispielsweise von Preissenkungen einer Prozessinnovation profitieren.[26] Flassbeck betont die Wichtigkeit von Flächentarifverträgen damit, dass innerhalb einer Volkswirtschaft die Gleichheit von Faktorpreisen eine wesentliche Voraussetzung für einen innovativen Wettbewerb ist: „*Sind die Preise für Vorleistungen und Arbeit für jeden einzelnen Unternehmer gegeben, kann ein Unternehmen seine Konkurrenten*

[22] Busch/Land 2009, S. 14
[23] Flassbeck 2010, S. 206
[24] Flassbeck 2010, S. 207
[25] Flassbeck 2007, S. 198
[26] vgl. Flassbeck, 2009, S. 128

am Gütermarkt nur durch Innovationen und Investitionen überflügeln.“[27] Unternehmen die jedoch auf Grund ihrer Marktmacht in der Lage seien Einfluss auf die Faktorpreise zu nehmen und Kostensenkungen herbeizuführen würden Wettbewerbsvorteile haben ohne Pionierleistungen im schumpeterschen Sinne vollbracht zu haben.[28] Flassbeck lehnt aus den gleichen Gründen auch im internationalen Handel Kostensenkungen als Instrument des Wettbewerbs ab, weil sie niemals innovativ seien und Kosten des einen immer die Einnahmen der anderen darstellten. Er stellt die rhetorische Frage: „*Trägt nun der »Wettkampf der Nationen« die Züge des schumpeterschen Ideenwettbewerbs oder die der platten Kostensenkung?*“[29]

[27] Flassbeck, 2007, S. 91
[28] vgl. Flassbeck, 2007, S. 91
[29] Flassbeck, 2009, S. 129

II. Der keynesianische Kooperationsstaat

Der Vertrag von Versailles

„»*Wir werden aus Deutschland herausholen, was man nur aus einer Zitrone pressen kann, und noch etwas mehr*«",[30] zitiert Keynes in den „Economic consequences of the peace" – jenem Werk das den Ökonomen schlagartig weltberühmt machte – die Vorhaben des britischen Premierministers Lloyd George für die Friedensverhandlungen von Versailles 1919. Getragen von einer Welle des Revanchismus wollten die Verbündeten der Entente aus dem wirtschaftlich völlig daniederliegenden Deutschland über Jahrzehnte beachtliche Reparationszahlungen beziehen. Keynes betonte, dass Deutschland diese Reparationen nur in Waren zahlen könne, Voraussetzung dafür wäre jedoch dass es mehr Waren ausführt, als einführt, also ein Leistungsbilanzüberschuss erzielt.[31] Der Ökonom wies darauf hin, dass Deutschland bereits vor Kriegsbeginn eine nicht unwesentliche negative Handelsbilanz aufwies und unter Hinzurechnung der wirtschaftlichen Schäden des Krieges „*nicht nur keinen Überschuss für Zahlungen ans Ausland hat, sondern nicht einmal annähernd imstande sein wird, sich selbst zu versorgen.*"[32]

Da an höhere Exporte nicht zu denken war, spielte Keynes den Gedanken durch, den deutschen Leistungsbilanzsaldo durch eine Reduktion der Importe positiv werden zu lassen. Dafür wäre eine Herabsetzung des Wohlstandsniveaus notwendig gewesen.[33] Doch auch hier ergibt sich ein praktisches Dilemma, denn „*viele große Posten lassen keine Herabsetzung zu, ohne auf den Umfang der Ausfuhr zurückzuwirken.*"[34] Keynes sieht unter den damaligen Bedingungen keine Möglichkeit die hohen deutschen Reparationen zu begleichen und er kommt zu dem Schluss, dass Deutschland nur dann Zahlungen leisten könne, wenn es vorher wirtschaftlich wieder auf die Beine käme. „*Wenn die Verbündeten Handel und Industrie Deutschlands für einen Zeitraum von 5 bis 10 Jahren »förderten« (…) ließe sich wahrscheinlich eine wesentlich größere Summe aus ihm herausschlagen, denn Deutschlands Leistungsfähigkeit könnte sehr groß sein (…).*"[35]

---

[30] Keynes (2006), S. 91
[31] vgl. Keynes (2006), S. 98
[32] Keynes (2006), S. 98
[33] vgl. Keynes (2006), S. 99-100
[34] Keynes (2006), S. 100
[35] Keynes (2006), S. 101-102

Auf einen pikanten Umstand macht im Vorwort zur deutschen Ausgabe der „Economic consequences“ die deutsche Historikerin Dorothea Hauser aufmerksam. Die Voraussetzungen zur Begleichung der Reparationen waren nicht nur aus inneren wirtschaftlichen Gründen, sondern auch aus äußeren handelspolitischen Gesichtspunkten gar nicht gegeben. „*Denn die Alliierten, auch die USA, weigerten sich strikt, die großen Handelsbilanzdefizite mit Deutschland zu akzeptieren, die für erfolgreiche Reparationszahlungen in Gold und ausländischen Währungen notwendig gewesen wären. (…) Dies bedeutete aber, dass Deutschland die Exportüberschüsse die es zur Reparationstilgung gebraucht hätte, gar nicht aktiv erwirtschaften konnte*.“[36] Auf die frappierenden Parallelen zu Griechenland wird noch später eingegangen werden.

Keynes hat einige Kernargumente wieso eine multilaterale Kooperation auf ökonomischer Ebene unumgänglich ist bereits in den „Economic consequences“ treffend herausgearbeitet. Seine gesamtwirtschaftliche Sichtweise jenseits nationaler Partikularinteressen geht in diesem Text bereits von der Interdependenz der Handelssalden aus, weshalb letztlich alle einzelnen Volkswirtschaften im gleichen Boot sitzen. Er konnte sich in Versailles bekanntlich nicht durchsetzen.

Der New Deal und die General Theory

In der anschließenden ökonomisch extrem instabilen Zwischenkriegszeit habe sich prinzipiell gezeigt, dass der Markt alleine nicht fähig sei tiefe Krisen zu lösen und es staatlicher Eingriffs bedürfe, so der britische Politikwissenschafter Colin Crouch.[37] Als erste umfassende wirtschaftspolitische Reaktion auf die ökonomische und soziale Instabilität gilt der New Del in den USA, den Rainer Land als „*den Beginn des größten Investitionsbooms, des größten Produktivitäts- und Wachstumsschubs, den es jemals gegeben hatte*“[38], bezeichnet. Laut Land zeigte der New Deal ab 1938 richtig Wirkung, die Gesetze dazu wurden jedoch schon 1935 beschlossen.[39] John Kenneth Galbraith betont, dass der New Deal – eigentlich ein Bündel pragmatischer Maßnahmen einer unter Druck stehenden US-Regierung – somit ein Jahr vor dem Erscheinen der „General Theory“ in Gang gesetzt wurde. Keynes theoretische Untermauerung habe die AkteurInnen des New Deals jedoch bestärkt.[40]

[36] Hauser (2006)
[37] vgl. Crouch, S. 58
[38] Land (2009), S. 49
[39] Land (2009), S. 55, 50
[40] Land (2009), S. 50

Der Keynesplan

Die kompakteste Vorstellung Keynes' wie kooperative Handelsbeziehungen zwischen den Staaten politisch zu ordnen seien findet sich jedoch in den Entwürfen für die Verhandlungen von Bretton Woods die heute als „Keyns-Plan" bezeichnet werden. Wieder konnte sich Keynes bei der Gestaltung der Nachkriegsordnung nicht durchsetzen, doch im Gegensatz zu Versailles stand der siegreiche Withe-Plan nicht in diametralem Gegensatz zu Keynes Vorstellungen, sondern erfüllte auch zentrale Funktionen seines eigenen Modells. Für das Verständnis der keynesianischen Theorie der Handelsbeziehungen ist es jedoch interessant einen Blick auf den nicht verwirklichten Keynes-Plan zu werfen.

Ein keynesianisch gedachtes Regime von multilateralen Außenhandelsbeziehungen ist durch und durch auf Kooperation ausgelegt, *„um kompetitive Abwertungswettläufe zwischen den Ökonomien zu vermeiden*, wie Elke Muchlinski von der FU Berlin betont**.**"[41] Diese Sichtweise teilen auch Michael D. Bordo, der aber auch die Vermeidung von Spekulation ins Treffen führt: *„They sought to avoid the defects of floating rates (destabilizing speculation and competitive beggarthy-neighbor devaluations).*"[42] In seinen Entwürfen für die Bretton Woods Konferenz entwarf Keynes ein komplexes Steuerungsmodell zur Stabilisierung der Außenhandelsbilanzen. *„The heart of the matter was to encourage balance of payments adjustment*".[43] Die Leistungsbilanzen der Staaten sollten bestmöglich im Gleichgewicht gehalten werden und zu diesem Zwecke sei eine mulilaterale wirtschaftspolitische Koordination mit supranationaler Autorität notwendig, um die ausgeglichene Handelsbilanzen durchzusetzen: *„Wir brauchen ein System, das über einen inneren Stabilisierungsmechanismus verfügt, durch den auf jedes Land Druck ausgeübt wird, dessen Zahlungsbilanz gegenüber der übrigen Welt in irgendeiner Richtung aus dem Gleichgewicht kommt, um Verschiebungen zu vermeiden, die bei den Nachbarländern eine gleich hohe, aber entgegen gesetzte Fehlbilanz zur Folge haben müsste*."[44]

Entscheidend sind zwei Aspekte. Erstens sind Sanktionen für alle Staaten vorgesehen, die zu große Abweichungen vom Handelsbilanzgleichgewicht zulassen. Zweitens sollen nicht nur die Schuldner- sondern auch die Gläubigerstaaten in den Zahlungsbilanzausgleich involviert werden, was Muchlinski als *„revolutionäre Konsequenz der Funktionsweise*" des keynesschen

[41] Muchlinski (2005), S. 67
[42] Bordo (1993), S. 5
[43] Moggridge (1992), zitiert nach Muchlinski (2005), S. 58
[44] Keynes (1943), S. 2

Plans bezeichnet. Für Keynes ist die Einbeziehung der Gläubigerstaaten ein „*deutlicher Hinweis darauf, dass das System auf überhöhte Guthabenkonten ebenso kritisch blickt, wie auf überhöhte Schulden, die ja tatsächlich beide unvermeidlich miteinander verbunden sind*."[45] Damit wird einer gesamtwirtschaftlichen Sichtweise dergemäß jedem Überschuss irgendwo ein Defizit gegenübersteht Rechnung getragen. Keynes stellt die gerechte Lastenverteilung für den Abbau von Defiziten in den Vordergrund: „*Die Absicht ist, dass es dem Gläubiger nicht erlaubt sein sollte, vollkommen passiv zu bleiben. Denn wenn er das ist, wird dem Schuldnerland, das aus diesem Grund sowieso schon in der schwächeren Position ist, eine nicht zu verantwortende Last aufgebürdet*."[46]

Interessant sind die Konsequenzen die Keynes bei Verstößen vorschlägt. Staaten deren Defizite in der Außenhandelsbilanz ein gewisses Limit überschreiten dürfen eine Abwertung vornehmen. Ab einem höheren Limit darf die Behörde der Staatengemeinschaft eine Abwertung vorschreiben, wirtschaftspolitische Maßnahmen empfehlen und sogar Vermögenswerte wie Goldreserven einziehen. Die Sanktionsspirale geht bis hin zur Erklärung der Zahlungsunfähigkeit des betroffenen Staates.[47] Doch auch die exzessiven Guthaben der Überschussstaaten haben Konsequenzen. Keynes schlägt eine Reaktion mittels expansiver Fiskalpolitik vor, Aufwertungen mittels Lohnerhöhungen oder die Reduktion von Importzöllen und anderen Importhemmnissen.[48]

Der keynesianische Kooperationsstaat

Die Weltwirtschaftskrise saß den AktuerInnen von Bretton Woods noch in den Knochen. „*Nicht vergessen war, dass sie das Ergebnis hemmungsloser Konkurrenz zwischen den kapitalistischen Ländern und einer marktradikalen krisenverschärfenden Politik in den einzelnen Ländern gewesen war*."[49] Auch wenn sich Keynes' Plan nicht durchsetzt, so war die Stabilisierung der internnationalen Handelsbeziehungen durch das Regime von Bretton Woods trotzdem garantiert. Es wurde zur Aufgabe des neu gegründeten Internationalen Währungsfonds „*Ungleichgewichte von Leistungsbilanzen durch Überbrückungskredite auszugleichen*."[50] Zu diesem Zweck wurde ein Regime fester Wechselkurse in fester Parität

[45] Keynes (1943), S.5
[46] Keynes (1943) S. 8
[47] vgl. Keynes (1943), S. 5
[48] vgl. Keynes (1943), S. 5
[49] Huffschmid 2002, S. 109
[50] Beigewum 2010, S.94

zum US-Dollar, der seinerseits in ein festes Verhältnis zum Gold gesetzt wurde, installiert.[51] Die Stabilisierung der Handelsbeziehungen sollte nicht nur den internationalen Handel ausweiten, sondern auch Abwertungswettläufe verhindern. Land und Busch sprechen davon, dass das keynesianische geprägte Außenhandelsregime *„im Kern auf Spielregeln komparativer Vorteile bei der Expansion der Massenproduktion unter Nutzung der positiven Skaleneffekte beruhte, so dass alle Handelspartner nach Möglichkeit Produktivitätseffekte realisieren konnten.“* [52]

Die beiden im ersten Teil exemplarischen angeführten empirischen Indikatoren zur Beschreibung des neoklassischen Wettbewerbsstaates können umgekehrt ebenso die Epoche charakterisieren, in der der keynesianische Kooperationsstaat dominierte. Für die Lohn- und die Geldpolitik verhalten sich die Daten genau spiegelbildlich zum Szenario des neoklassischen Wettbewerbsstaates. Flassbeck stellt punkto Entwicklung des Zinssatzes für Deutschland und die USA fest: *„In den 1950er Jahren, den 1960er Jahren und Anfang der 1970er-Jahre lag der Realzins in beiden Ländern um durchschnittlich 3 Prozentpunkte unter der Wachstumsrate.“*[53] Auch die Lohnentwicklung verläuft genau gegenteilig zum Regime des Finanzkapitalismus, wie Rainer Land und Ulrich Busch nachweisen: *„Die Koppelung steigender Arbeitnehmereinkommen an die Entwicklung der volkswirtschaftlichen Arbeitsproduktivität lässt sich für die Zeit von 1950 bis 1975 eindeutig und zweifelsfrei nachweisen, und zwar sowohl für Deutschland als auch im internationalen Vergleich.*[54]

Charakteristika des Fordismus

Die auf binnenwirtschaftliche Dynamik, Wirtschaftssteuerung und Vollbeschäftigung fokussierende Wirtschaftspolitik der Nachkriegszeit wird in Deutschland und Frankreich vielfach als Fordismus bezeichnet.[55] Der keynesianische Kooperationsstaat soll wie in der Einleitung angedeutet nicht als das zentrale oder wichtigste Merkmal dieser Epoche beschrieben werden, sondern das Augemerk auf ein fundamentales Charakteristikum neben anderen legen. Rainer Land und Ulrich Busch haben beispielsweise einen anderen Fokus und konzentrieren sich auf Charakteristika der ökonomischen und sozialen Teilhabe. Die Besonderheit im Teilhabekapitalismus bestehe *„in der Koppelung von Massenproduktion und*

---

[51] vgl. Huffschmid 2002, S. 113
[52] Busch/Land 2009, S. 19
[53] Flassbeck 2007, S. 180
[54] Busch/Land 2009, S. 11-12
[55] vgl. Huffschmid 2002, S. 111

Masseneinkommen, vor allem also über die Arbeitnehmereinkommen. (…) Damit wurde die Steigerung der Arbeitsproduktivität durch positive Skaleneffekte der Massenproduktion zur wichtigsten Produktivitätsressource."[56] Als zweiten Aspekt führen sie die produktivitätsorientierte Lohnentwicklung ins Felde, die eine positive Rückkoppelung von Massenproduktion, Masseneinkommen und Massenkonsumtion zur Folge habe." [57] Letztlich sei ein Weltmarktregime der komparativen Vorteile charakteristisch für den Teilhabekapitalismus. Der Weltmarkt wurde „*zur zweiten essentiellen Rückkoppelung von Massenproduktion und Massenkonsum, mit der globale Effekte, economics of scale, für Innovationen nutzbar wurde*." [58]

Wie in der Einleitung angemerkt betont Colin Crouch den Aspekt der demokratischen Partizipation und sieht die Epoche des Fordismus als Resultat des Zenits des politischen Einflusses der Arbeiterbewegung zur Mitte des 20. Jh. Charakterisiert sei dieses Zeitalter durch den Wohlfahrtsstaat, die keynesianische Nachfragepolitik und die institutionalisierten industriellen Beziehungen zwischen Gewerkschaften und ArbeitgeberInnen.[59] „*Zum ersten Mal in der Geschichte des Kapitalismus ging man davon aus, dass die Ökonomie nur gedeihen könne, wenn es auch den Massen der abhängig Beschäftigten einigermaßen gut ginge*", so Crouch.[60] Diese Erkenntnis käme nicht nur in der keynesschen Nachfragesteuerung, sondern auch in der fordistischen Produktionsmethode – laut Crouch der Zyklus von Massenproduktion und –konsum – zum Ausdruck. Voraussetzung für diesen politischen Handlungsspielraum war die gebündelte politische Steuerungskapazität des Nationalstaates.[61]

Stephan Schulmeister konzentriert sich wiederum auf das Akkumulationsregime und spricht im Zusammenhang mit dieser ökonomischen Steuerung von Realkapitalismus, weil das Interessensbündnisses zwischen Arbeit und Realkapital dominiert und die Interessen des Finanzkapitals ruhig gestellt sind" [62] Schulmeister weist auf essentielle Unterschiede zum Wettbewerbstaat im Finanzkapitalismus hin: „*Staat und Markt, Konkurrenz und Kooperation werden als einander ergänzende Steuerungssysteme begriffen*."[63] Auch die wirtschaftspolitischen Zielsetzungen sind vielfältiger, Vollbeschäftigung, ein hohes

---

[56] Busch/Land 2009, S. 6
[57] vgl. Busch/Land 2009, S. 6
[58] Busch/Land 2009, S. 7
[59] vgl. Crouch, S. 12
[60] Crouch, S. 14
[61] vgl. Crouch, S. 15
[62] vgl. Schulmeister 2010, S.41
[63] Schulmeister 2010, S.41

Wirtschaftswachstum und soziale Sicherheit spielen für die Wirtschaftspolitik eine Rolle. [64] Da die Geldwertstabilität nicht mehr das dominante Dogma darstellt, bleibt mehr Spielraum für eine expansive Geldpolitik. Schulmeisters stellt für den Realkapitalismus fest: „*Der Zinssatz wird von den Notenbanken stabil und auf einem unter der Wachstumsrate liegenden Niveau gehalten*.“ [65] Das ist von großer Relevanz weil der Zins laut Flassbeck „*das zentrale Steuerungsinstrument der Investitions- und Wachstumsbedingungen in monetären Marktwirtschaften ist*.“[66]

„*Dieses Muster (der Reformkapitalismus Anmk.) wurde ab Mitte der 1970er-Jahre zunächst überlagert und dann abgelöst durch eine neoliberale Gegenreform, bei deren Durchsetzung die Finanzmärkte eine entscheidende Rolle gespielt haben*.“[67] Auch Crouch sieht den entscheidenden Regimewechsel vom Fordismus in den Neoliberalismus durch die Verlagerung des Schwerpunkts der wirtschaftlichen Dynamik Ende der 1980er-Jahre „*unter dem Einfluss der globalen Deregulierung der Finanzmärkte vom Massenkonsum auf die Aktienmärkte*.“[68] Als anglo-amerikanisches Unternehmensmodell bezeichnet Crouch die Konzentration aller Macht auf den CEO, der sich nur den shareholdern gegenüber verantwortlich sieht.[69] Starke Wirtschaftslobbys hätten diesem Modell auch in Europa und Japan zum Durchbruch verholfen.[70]

[64] vgl. Schulmeister 2010, S.41
[65] Schulmeister 2010, S.41
[66] Flassbeck 2007, S. 156
[67] Huffschmid 2002, S. 17
[68] Crouch, S. 18
[69] vgl. Crouch, S. 60
[70] vgl. Crouch, S. 51

III. Europäische Ungleichgewichte

Die Parallelen der keynesschen Diskussion um Handelsbilanzen im Allgemeinen und um die Situation Deutschlands von 1919 im Speziellen zum aktuellen Dilemma in Griechenland sind offenkundig. Aus einer – nicht durch den Krieg sondern durch die Wirtschaftskrise – schwer angeschlagenen Volkswirtschaft werden Zins- und Tilgungszahlungen erwartet. Gleichzeitig besteht keinerlei Bereitschaft diesem Land die Möglichkeit zu geben, die dafür notwendigen Leistungsbilanzüberschüsse überhaupt zu erwirtschaften. Dazu tragen einerseits die selbst 2011 unter guten konjunkturellen Bedingungen weiter sinkenden Reallöhne im Euro-Hegemon Deutschland bei, andererseits sind die rigorosen Konsolidierungspläne die die Europäische Union und der Währungsfonds Griechenland auferlegen für Verschlimmerung der Rezession verantwortlich.[71] Es besteht von Seiten der Gläubigerländer – allen voran Deutschland – gar kein Bedarf nach einer beidseitigen Angleichung der Wettbewerbsfähigkeit, die eine Rückzahlung griechischer Schulden ermöglichen würde. Dabei hat Deutschland bereits im Rahmen der Wiedervereinigung katastrophale Erfahrungen mit ungleichem Wettbewerb gemacht, wie Heiner Flassbeck nicht müde wird zu betonen. *„Wenn etwas aus der deutschen Währungsunion zu lernen war, dann die Tatsache, dass langfristig ein Verlust an Wettbewerbsfähigkeit durch nichts auszugleichen ist und dauerhafte Transfers des Gewinners an den Verlierer unumgänglich macht. Die politischen Folgen einer Transferunion sind schon in Deutschland dramatisch, für Europa wären sie katastrophal.*“[72]

Der Fall Griechenland ist der dramatischste Beleg für ein innereuropäisches Ungleichgewicht, das sich vor allem seit der Einführung des Euro 1999 zwischen dem nördlichen Zentrum und der südlichen Peripherie der Eurozone etabliert hat. Nicht nur, aber vor allem die unterschiedlichen Entwicklungen bei der Lohnpolitik haben diese enormen ökonomischen Spannungen verursacht. Zwischen Staaten mit unterschiedlichen Währungen sind unterschiedliche Entwicklungen der Löhne nicht so dramatisch, denn wie Heiner Flassbeck betont *„langfristig kann kein Land eine große Schulden- oder Vermögensposition gegenüber dem Rest der Welt aufbauen und halten, ohne dass es dafür nicht irgendwann einen Ausgleich gäbe: Entweder es wird zurückgezahlt (Schulden abgebaut) bzw. Geld im Ausland ausgegeben (Vermögen abgebaut) oder die Schulden bzw. Vermögensposition wird entwertet durch Wechselkursänderungen.*“[73] Innerhalb der Eurozone ist die Lage jedoch zunehmend,

[71] Frankfurter Rundschau, 10.5.2011
[72] Flassbeck 2007, S. 201
[73] Flassbeck 2007, S. 125

bedrohlich, weil das Wechselkursventil fehlt. *„Aber ohne ein solches Ventil namens Wechselkursanpassung ist internationaler Handel auf Dauer nicht möglich, wenn nicht alle Länder mehr oder weniger gleiche Inflationsraten, sprich: Lohnstückkosten aufweisen*“[74] ÖkonomInnen sämtlicher theoretischer Ausrichtungen sind sich einig, dass die aktuelle Situation eine Zerreißprobe für den Euro selbst darstellt.

Die zeitgenössische Diskussion um Reformen in der Konstruktion der Europäischen Währungsunion ist teilweise von Keynes Vorstellungen inspiriert. So wird vom keynesianisch ausgerichteten Institut für Markoökonomie und Konjunkturforschung vorgeschlagen, im Rahmen der Maastrichtkriterien nicht nur die öffentliche sondern auch die private Verschuldung zu berücksichtigen und somit den Fokus vom Haushaltsdefizit auf das Leistungsbilanzdefizit zu verlagern.[75] Wie bei Keynes sollen Staaten mit Leistungsbilanzüberschüssen eine expansive inflationäre Finanzpolitik betreiben, jene mit Leistungsbilanzdefiziten eine restriktive Politik die auch Anreize zum privaten Sparen setzt. Von Duillien/Schwarzer wurde ein Externer Stabilitätspakt für die Eurozone angedacht, der Leistungsbilanzbilanzüberschüsse bzw. Defizite bei +/- 3 Prozent begrenzt.[76]

Heiner Flassbeck konzentriert sich weniger auf die Fiskal- den auf die Lohnpolitik und spricht in diesem Zusammenhang von einer essentiellen lohnpolitischen Spielregel, die vor allem in Währungsunionen unausweichlich sei, weil jegliches Abwertungsventil fehle. Anstelle eines Lohndumpings sollten die Volkswirtschaften ihre Löhne – und damit ihre Preisniveaus – jeweils um die Produktivitätsentwicklung plus einer vereinbarten Zielinflation von z.B. 2 Prozent steigern. Dadurch verliert und gewinnt niemand an Wettbewerbsfähigkeit und alle leben genau nach ihren Verhältnissen. *„Jedes einzelne Mitglied muss also mit seinen Löhnen immer genau zwei Prozent über seiner eigenen Produktivitätsrate bleiben, wie groß die auch immer sein mag, dann wird die Wettbewerbsfähigkeit jeder einzelnen Volkswirtschaft gerade erhalten und kein einzelnes Land kann in die Bredouille geraten. Wer nach oben von den 2 Prozent abweicht, verliert Wettbewerbsfähigkeit und Marktanteile, wer nach unten abweicht, gewinnt beides. Wer einmal nach oben abgewichen ist, muss später in genau dem gleichen Maße nach unten.*“[77]

[74] Flassbeck 2007, S. 128
[75] Horn/Niechoj/Tober/Treeck/Truger 2010
[76] Duillien/Schwarzer (2009)
[77] Flassbeck 2007, S. 198-99

Die EU-Kommission hält hingegen am Fokus auf die öffentlichen Defizite fest „*The rules and principles of the Stability and Growth Pact are relevant and valid*“.[78] Die Kommission schlägt vor die Durchsetzung des 3-Prozent-Ziel mittels eines Europäischen Semesters, also einer Überwachungsphase der nationalen Budgets durch die EU vor deren Beschluss in den nationalen Parlamenten, durchzusetzen. Überdies sollte der SWP in das jeweilige nationale Recht übernommen werden und Sanktionen gegen „Defizitsünder“ sollten rascher verhängt werden können.[79] Im Rahmen des Euro-Plus-Paktes aus dem März 2011 hat der Europäische Rat die mangelnde Wettbewerbsfähigkeit als zentrales Übel ausgemacht und legt wieder einen Fokus auf Strukturreformen. Zurückhaltung in der Lohnpolitik und eine restriktive Finanzpolitik sind die daraus folgenden Empfehlungen. So sollen Lohnverhandlungen dezentralisiert werden und Schuldenbremsen in den Nationalstaaten eingeführt werden.[80]

Ausgeglichene Leistungsbilanzen und die Vermeidung von Ungleichgewichten zwischen den Staaten sind in der wirtschaftspolitischen Konstruktion Europas kein eigenständiges Ziel, sondern eine Folge von Budgetdisziplin bei den öffentlichen Haushalten. “*Sound and sustainable fiscal policies are therefore a precondition for sustainable economic growth and a smooth functioning of monetary union, including the avoidance of imbalances across countries*.”[81] Es wird also ein Zusammenhang zwischen ausgeglichenen öffentlichen Haushalten und ausgeglichenen Leistungsbilanzen insofern postuliert, als ausgeglichene öffentliche Haushalte die Voraussetzung für ausgeglichene Leistungsbilanzen seien. Ein umgekehrter Kausalzusammenhang wie von Hein/Truger/van Treeck behauptet, wird nicht in Betracht gezogen.[82] Die Anpassungen der Leistungsbilanzen erfolgen über „*strong market-based forces*“ insofern, als Volkswirtschaften mit niedriger Inflation durch ihre hohe Wettbewerbsfähigkeit ihre Binnennachfrage stimulieren und jene in den Partnerländern abschwächen. Der reale Wechselkurs wird somit zum dominanten Anpassungsfaktor.[83] Die Wettbewerbsfähigkeit und der Wettbewerbsstaat sind nach ihrem rigorosen Scheitern nach wie vor die Antwort Europas auf die aktuellen Herausforderungen.

[78] EU-Kommission 2010, S.4
[79] vgl. EU-Kommission 2010
[80] vgl. Europäischer Rat 2011
[81] EZB 2008, S 72
[82] Hein/Truger/van Treeck (2011)
[83] vgl. EZB 2005

IV. Politökonomische Ableitungen

Die Ausführungen in diesem Papier geben skizzenhaft das wieder, was die Erfahrungen der letzten Jahre klar aufzeigen: Der Wettbewerbsstaat ist sowohl in seiner theoretischen Konzeption als auch in seiner empirischen Praxis ein zutiefst destruktives Modell. Gleichzeitig ist der Standortwettbewerb jedoch eine universell anwendbare und in jedem politischen Subdiskurs vorzufindende rhetorische Figur. Es handelt sich um das zentrale neoliberale Vehikel um politische Gestaltungsansprüche einer vermeintlichen Sachzwanglogik unterzuordnen. Der Standortwettbewerb ist einer der wirkmächtigsten Begriffe unserer Gegenwart. An diesem simplen aber effektiven ökonomischen Weltbild muss mit gezielten, ebenfalls intuitiv leicht zugänglichen Kontermustern gerüttelt werden. In diesem abschließenden Kapitel werden ein paar zentrale Botschaften, inspiriert aus der Ideenwelt des keynesianischen Kooperationsstaates durchdekliniert:

- **Die tiefe Quelle unseres Reichtums ist nicht die Wettbewerbsfähigkeit sondern die Produktivität.**

Der Wohlstand unserer Gesellschaft beruht auf dem geistigen und physischen Kapitalstock sowie dem Niveau der öffentlichen Infrastruktur unserer Volkswirtschaft. Der internationale Handel kann den Wohlstand befördern doch die tiefe Quelle des Wohlstands liegt in der Effizienz der Produktion, genannt Produktivität.

- **Produktivität ist nicht gleich Wettbewerbsfähigkeit**

Die betriebswirtschaftliche Produktivität (die technische Herstellungseffizienz) und die preisliche Wettbewerbsfähigkeit sind nicht identisch. Ein Produktionsprozess indem zehn MitarbeiterInnen 100 Produkte in einer Stunde herstellen hat den gleichen technischen Output unabhängig davon ob die Arbeitsstunde 30 oder 40 Euro kostet. Auch die volkswirtschaftliche Produktivität (BIP je Erwerbsstunde) ist nicht identisch mit der volkswirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit (Lohnstückkosten).[84] Selbstverständlich kann die Produktivität auch bei wachsenden Lohnstückkosten steigen.[85]

[84] Die volkswirtschaftliche Kennzahl Produktivität hat Einfluss auf die Wettbewerbsfähigkeit aber nicht umgekehrt
[85] Es gibt viele Indizien dafür, dass die preisliche Wettbewerbsfähigkeit ohnehin stark überschätzt ist. Die Qualität der Produkte oder die historisch gewachsenen spezifischen Produktionspaletten dürften eine mindestens genauso große Rolle spielen. Vor allem im außereuropäischen Wettbewerb sind überdies Wechselkursschwankungen wesentlich relevanter für die

- **Der Sinn der Wirtschaftspolitik ist nicht anderen etwas wegzunehmen, sondern es selbst gut zu machen.**

Beim Standortwettbewerb geht es nicht darum neue Produkte, bessere Produkte, oder effizienter hergestellte Produkte anzubieten, sondern darum, einer anderen Volkswirtschaft einen Teil ihrer Produktion oder ihres Absatzmarktes durch Dumping zu rauben. Dabei handelt es sich jedoch um eine pure Umverteilung bar jedes ökonomischen und sozialen Fortschritts. Höhere Wettbewerbsfähigkeit bedeutet niedrigere Herstellungskosten, aber keinerlei Entwicklung bei Qualität, Produktivität oder Ressourceneffizienz. Das Ziel des Wirtschaftens ist die Steigerung des Wohlstands der Bevölkerung und nicht der Kampf um Marktanteile. Diese beiden Ziele stehen immer mehr in Widerspruch zueinander.

- **Wettbewerb ist etwas für Unternehmen, aber nichts für Volkswirtschaften**

Heiner Flassbeck weist völlig zu Recht darauf hin, dass Wettbewerb um Innovationen nicht zwischen Staaten, sondern zwischen Unternehmen stattfinden muss. Ein solcher Wettbewerb kann aber wie Flassbeck betont nur funktionieren, wenn die Preise für die Unternehmen, seien es Zinsen oder Löhne (in Form von Lohstückkosten), einheitlich sind. Andernfalls haben Unternehmen aus Staaten mit niedrigen Lohnstückkosten einen Wettbewerbsvorteil und brauchen sich nicht mehr um Innovationen bemühen. Die tatsächliche Aufgabe der Außenhandelspolitik besteht darin, die Wettbewerbsfähigkeit zwischen den Volkswirtschaften konstant zu halten und somit den Wettbewerb weg vom Raub, hin zu Innovationen zu lenken.[86]

- **Der Kuchen kann für alle wachsen.**

Vor allem in der deutschen Diskussion wird China als permanentes Bedrohungsszenario im globalen Wettkampf um Marktanteile stilisiert. Dabei wird der Wohlstand als ein Kuchen verstanden von dem Europa ein kleineres Stück erhält, wenn China das seine vergrößert.

nominalen Preise als Lohnsteigerungen. Des weiteren beträgt die Lohntangente, also der Anteil der Löhne an den gesamten Produktionskosten, beispielsweise in der österreichischen Metallindustrie nur 18 Prozent (so AK-Direktor Werner Muhm in „Im Zentrum", 18. Oktober 2011

[86] Ein solches Gleichgewicht erfordert in hoch produktiven Volkswirtschaften ein hohes Lohnniveau und in weniger produktive Volkswirtschaften ein entsprechend geringeres Niveau, so dass sich die Lohnstückkosten genau angleichen. Innerhalb einer Währungsunion, wo das Instrument des Wechselkurses fehlt, müssen die Akteur/innen der Tarifpolitik dafür sorgen, dass die Löhne in allen Staaten gemäß der Produktivität wachsen damit die Wettbewerbsposition jeder nationalen Volkswirtschaft immer genau erhalten bleibt. Überdies sind Instrumente notwendig, die den nicht lohninduzierten Preissteigerunen Einhalt gebieten.

Diese statische Sichtweise und ignoriert die gewaltige Wachstumsdynamik der kapitalistischen Marktwirtschaft. Selbstverständlich können alle Erdteile wirtschaftlich wachsen, ohne dass Europa verliert. Es ist sogar sehr wahrscheinlich, dass es durch die neu entstehenden Handelsbeziehungen Wohlstandsgewinne verzeichnet.[87]

- **Nur wer mehr verbraucht als produziert lebt über seine Verhältnisse**

Ein weiterer Angstdiskurs mit denen die Neoliberalen das Geschehen aufmischen stellt die Frage in dem Mittelpunkt: „Wie können wir im Zeitalter globaler Konkurrenzkämpfe unseren Wohlstand halten?“. Die Antwort wird gleich mitgeliefert, sie lautet immer der Gürtel müsse in der Gegenwart – wo man über seine Verhältnisse lebe – enger geschnallt werden um für die Zukunft gewappnet zu sein. Alle Volkswirtschaften die mehr produzieren als sie konsumieren, sprich Exportüberschüsse verzeichnen, leben per Definition nicht über, sondern unter ihren Verhältnissen. Ob der Staat Schulden hat ist ein davon unabhängiges internes nationales Verteilungsproblem zwischen dem privaten und dem öffentlichen Sektor.

Der Standortwettbewerb als Zwillingsbruder des Nationalismus

Von Milan Kundera stammt der schöne Satz „*der Kampf des Menschen gegen die Macht ist der Kampf des Gedächtnisses gegen das Vergessen.*“. In der Tat ist das historische Gedächtnis der Menschen äußerst kurz. Noch vor drei Jahren herrschte kurze Zeit Konsens über einen notwendigen ökonomischen Regimewechsel. Heute wurde aus der Krise des finanzialisierten Kapitalismus eine Krise des Schuldenstaates im Allgemeinen und des ausuferenden Schuldenstaates südeuropäischen Typs im Speziellen. Kaum wird die Materie abstrakter, setzen sich jene die konkrete Feindbilder anbieten können durch. Was kann sich die Bevölkerung darunter vorstellen, dass ein komplexes Zusammenspiel aus innereuropäischem Standortwettbewerb und (deutschem) Lohndumping bei Liquidierung des Wechselkursmechanismus via Euro in Kombination mit zweifellos vorhandenen hausgemachten griechischen Problemen ein erhebliches Leistungsbilanz- und Haushaltsdefizit fabriziert hat? Nicht viel! Bildlich, plastisch und konkret ist allerdings der faule Grieche mit Sonnenbrille in der Hängematte, der auf unsere Kosten ein gemütliches Leben führt.

[87] Das Problem der Knappheit natürlicherer Ressourcen wurde wegen des gewaltigen Umfangs des Themas ausgeklammert. Die natürlichen Ressourcen sind das einzige knappe Gut.

Menschen mit einem wirtschaftshistorischen Bewusstsein erleben ein Déjá vu. Während in den 1930er-Jahren ein unlimitiertes kapitalistisches Regime gegen die Wand fuhr, kollabierte 2008 der zeitgenössische wirtschaftsliberale Nachkomme. Damals wie heute ruft ein komplexes ökonomisches Problem simple nationalistische Reflexe hervor und kreiert Sündenböcke aller Art. Der liberale Wettbewerbsstaat ist perfekt kompatibel mit den Urinstinkten des Nationalismus. Der ökonomische Wettkampf der Nationen ist der Zwillingsbruder des politischen Nationalismus. Es ist ein Treppenwitz unserer Zeit, dass die Spitzen der Europäischen Union das gemeinsame politische Dach und die europäische Währung bei jeder Gelegenheit hochleben lassen, jedoch auf dem Feld der Wirtschaftspolitik dem Wettkampf der Nationen fröhnen. Diesen Widerspruch aufzulösen und den Zwillingsbrüdern Standortwettbewerb und Nationalismus die Diskurshoheit zu nehmen ist die große politische Herausforderung unserer Zeit.

Literatur

- Beigewum: “Mythen der Krise” (2010)
- Bordo, Michael D: “The Bretton Woods International Monetary System: A Historical Overview” (1993)
- Busch, Ulrich / Land, Rainer: „Teilhabekapitalismus Fordistische Wirtschaftsentwicklung und Umbruch in Deutschland 1950 bis 2009“ (2009)
- Crouch, Colin: Postdemokratie (2004)
- Duillien, Sebastian / Schwarzer, Daniela (2009): „The Euro Zone Needs an External Stability Pact“ in „Stiftung Wissenschaft und Politik – SWP Comments“
- EU-Kommission (2010): „Reinforcing economic policy coordination” in COMMUNICATION FROM THE COMMISSION TO THE EUROPEAN PARLIAMENT, THE EUROPEAN COUNCIL, THE COUNCIL, THE EUROPEAN CENTRAL BANK, THE ECONOMIC AND SOCIAL COMMITTEE AND THE COMMITTEE OF THE REGIONS (12.5.2010)
- Eurpean Council: „Conclusions“ (April, 2011)
- EZB (2005): “MONETARY POLICY AND INFLATION DIFFERENTIALS IN A HETEROGENEOUS CURRENCY AREA” in “MONTHLY BULLETIN”
- EZB (2008): „10 th anniversary OF THE ECB 1998-2008” in “MONTHLY BULLETIN”
- Flassbeck, Heiner: „Das Ende der Massenarbeitslosigkeit“ (2007)
- Flassbeck, Heiner: „Gescheitert. Warum die Politik vor der Wirtschaft kapituliert.“ (2009)
- Flassbeck, Heiner: „Die Marktwirtschaft des 21. Jh.“ (2010)
- Frankfurter Rundschau: http://www.fr-online.de/wirtschaft/lohnrunde-2011-wirtschaft-brummt--realloehne-sinken,1472780,8430408.html
- Hauser, Dorothea: „Geld und Moral“ in „Krieg und Frieden. Die wirtschaftlichen Folgen des Vertrags von Versailles.“ (2006)
- Hein, Eckart / Truger, Achim / van Treeck, Till (2011): “The European Financial and Economic Crisis: Alternative Solutions from a (Post-) Keynesian Perspective”
- Horn, Gustav / Niechoj, Torsten / Tober, Silke / van Treeck, Till / Truger, Achim: „Reforming the European Stability and Growth Pact: Public Debt is Not the Only Factor, Private Debt Counts as Well (2010)

- Huffschmid, Jörg: „Die politische Ökonomie der Finanzmärkte“ (2002)
- INSM, Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (2011): http://www.insm.de/insm/Aktionen/Lexikon/i/Internationaler-Standortwettbewerb.html
- Institut der deutschen Wirtschaft (2011): http://www.iwkoeln.de/Publikationen/IWDossiers/tabid/126/articleid/30407/Default.aspx
- Keynes, John Maynard: „Krieg und Frieden. Die wirtschaftlichen Folgen des Vertrags von Versailles.“ (2006)
- Keynes, John Maynard**:** „Vorschläge für eine International Clearing Union / Union für den internationalen Zahlungsverkehr“ (1943)
- Land, Rainer: „Schumpeter und der New Deal“ in Berliner Debatte Initial (4/2009)
- Muchlinski, Elke: „Kontroversen in der internationalen Währungspolitik. Retrospektive zu Keynes-White-Boughton und IMF“ (2005)
- Rassidakis, Peter: „Wettbewerb, Innovation und New Economy. Schumpetersche Ansätze zum Innovationswettbewerb“ (2001)
- Schui Herbert, „Neoliberalismus. Der Versuch, die Konzentration von Einkommen und Vermögen zu legitimieren.“ (1996)
- Schui, Herbert, Interview auf youtbe (2008): http://www.youtube.com/watch?v=_1WM8AUIyV0&feature=related
- Schulmeister, Stephan: „Mitten in der großen Krise. Ein „New Deal“ für Europa“ (2010)
- Schumpeter, Joseph Alois (1997): „Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung“ (1911)
- Sinn, Hans Werner (1997): „Kapitalbeteiligung und Lohndifferenzierung ein Vorschlag zur Lösung der Beschäftigungskrise“ in Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (30. Jg/1997)